

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 30.04.2025

Sitzungsbeginn: 16:10 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Leitung der Sitzung: Herr Rumpf Vorsitzender des Stadtrates
Frau Koschig 1. Stellvertreterin
Herr Bernstein 2. Stellvertreter

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung um 16:10 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung fest.

Er teilt mit, dass Frau Grabner das Stadtratsmandat zum 21.04.2025 niedergelegt hat. Der freigewordene Sitz wird von Frau Marianne Richter übernommen. Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, wird folgende Verpflichtungserklärung abgenommen:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Danach wird die Beschlussfähigkeit mit derzeit 34 stimmberechtigten Mitgliedern festgestellt.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Adamek, Fraktion CDU, stellt den Antrag auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes TOP 6.11 - Sanierung Hort „Zauberburg“ und Kinderfreizeiteinrichtung „Baustein“. Aufgrund der zahlreichen Anwesenheit von Betroffenen (Elternkuratorium) soll die Beschlussvorlage zuerst behandelt werden. Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt (34:00:00).

Danach stellt der Stadtratsvorsitzende die Tagesordnung in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 34:00:00

3 Genehmigung der Niederschriften vom 12.02.2025, 12.02.2025 (Sondersitzung), 26.02.2025

Der Stadtratsvorsitzende bringt die Niederschriften der Sitzungen des Stadtrates vom 12.02.2025 und 26.02.2025 sowie der Sondersitzung des Stadtrates vom 12.02.2025 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift vom 12.02.2025:	33:00:01
Niederschrift der Sondersitzung vom 12.02.2025:	33:00:01
Niederschrift vom 26.02.2025:	31:00:03

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 25. Februar bis zum 30. April 2025:

- Im Zeitraum fanden 17 Einbürgerungen von fünf Kindern sowie zwölf Erwachsenen aus Syrien, Thailand, Weißrussland, Ukraine sowie der Türkei statt.
- Weiterhin hat im Berichtszeitraum der Karnevalsumzug unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen stattgefunden. Hierfür spricht er an alle Organisatoren sowie Beteiligten seinen herzlichsten Dank aus.
- Es wurde das 23. Kurt-Weill-Fest durchgeführt, welches sehr erfolgreich war.
- Am 23. März 2025 fand anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Bauhauses in Dessau eine Festveranstaltung sowie eine Sondersitzung des Stadtrates im Ratssaal statt. Er bedankt sich bei den Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Walter Gropius für die Ausgestaltung des Festaktes sowie Teilnahme an der Veranstaltung.
- Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser besuchte am 22. April das Bürgerbüro in Dessau. Sie informierte sich zum neuen Verfahren der Lichtbilderstellung für Ausweisdokumente. Ab dem 1. Mai 2025 müssen Ausweisdokumente den zuständigen Behörden digital vorliegen.
- Weiterhin weist er auf folgende Veranstaltungen hin:

- Die Kranzniederlegung anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus findet am 08. Mai am Denkmal für die Opfer des Faschismus statt.
- Am 10. Mai findet der Tag der Städtebauförderung statt.
- Vom 16. bis 18. Mai findet die Mitteldeutsche Regionalkonferenz der Wirtschaftsjunioren statt.
- Der Tag der offenen Tür im Rathaus Dessau findet am 24. Mai statt. Dieser Tag ist inhaltlich ausgestaltet und es gibt u. a. Informationen über die Bundesgartenschau sowie die Möglichkeit, mit dem Oberbürgermeister ins Gespräch zu kommen.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 26.02.2025 bekannt:

- Unternehmensangelegenheit:
 - Abberufung des Verwaltungsdirektors des Städtischen Klinikums Dessau,
 - Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses,
 - Abberufung des Geschäftsführers der MVZ gGmbH und
 - Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum eine Eilentscheidung getroffen wurde. Es handelt sich hierbei um Rückzahlungsforderungen aus dem STARK III-Programm sowie der EFRE-Förderung im Hinblick auf das Bauvorhaben der Grundschule Tempelhofer Straße. Die Teilrückzahlung der Fördermittel belief sich auf knapp 150.000 Euro zuzüglich der Zinsen in Höhe von ca. 11.000 Euro. Aufgrund der Fristwahrung (bis zum 25. April 2025) war eine Eilentscheidung notwendig. Der Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung wird in der Sitzung am 10.06.2025 umfassend darüber informiert.

Das Bauvorhaben wurde mit der Übergabe an den Nutzer zum 11. Oktober 2023 in Betrieb genommen. Im März und im Mai 2024 wurde nach Fertigstellung respektive Inbetriebnahme und Einreichung des Teilverwendungsnachweises seitens der Prüfstelle EFRE eine Prüfung des Bauvorhabens vor Ort durchgeführt. Im Ergebnis wurden im Januar 2025 seitens der Prüfstelle bei einzelnen Vergaben/Beauftragungen Einwände festgestellt, die zu einer Kürzung der förderfähigen Kosten führte und eine Rückerstattung von bereits gezahlten Zuschüssen zuzüglich Zinsen erforderlich machten.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Grimm, Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung, möchte wissen, ob die Geländer am Anhaltischen Theater Dessau aufgrund fehlender Mittel nicht angebracht wurden. Diese sollten im Jahr 2024 angefertigt und installiert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine Beantwortung der Frage im Nachgang der Sitzung zu.

Der Bürger äußert seine Enttäuschung darüber, dass er schon drei Jahre auf die Beantwortung anderer Fragen wartet, die er in der Bibliothek am 21.03.2022 gestellt hatte.

Auch diesbezüglich sichert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** eine Aufklärung zu.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt werden nicht erhoben.

6 Beschlussfassungen

- 6.1 Der Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau wird gemäß der Anlage 2 dieser Beschlussvorlage zugestimmt.
Vorlage: BV/428/2024/IV**

Zum Beginn des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Herbst, Fraktion CDU, um 16:31 Uhr zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 37 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Stadtratsvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Danach werden die Bestellungsurkunden an die Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung von Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck sowie Herrn Stadtratsvorsitzenden Rumpf übergeben.

Beschluss:

Der Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau wird gemäß der Anlage 2 dieser Beschlussvorlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**6.2 Der Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau wird gemäß der Anlage 2 dieser Beschlussvorlage zugestimmt.
Vorlage: BV/429/2024/IV**

Die Beschlussvorlagen wird durch den Stadtratsvorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

Danach werden die Bestellsurkunden an die Mitglieder des Seniorenbeirates von Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck sowie Herrn Stadtratsvorsitzenden Rumpf übergeben.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine 14-minütige Pause durchgeführt. Während der Pause erscheinen Herr Groneberg, Fraktion CDU, und Herr Mrosek, Fraktion AfD, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 39 stimmberechtigte Mitglieder.

Beschluss:

Der Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau wird gemäß der Anlage 2 dieser Beschlussvorlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**6.3 Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre
Vorlage: BV/422/2024/II-20**

Es besteht die Einigkeit darüber, dass die Tagesordnungspunkte 6.3 sowie 6.4 gemeinsam beraten werden. Die Wortmeldungen werden im Tagesordnungspunkt 6.3 protokolliert.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt zunächst ausführlich in die Thematik Haushalt 2025, mithilfe einer Präsentation, ein. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erscheint um 17:06 Uhr zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 40 stimmberechtigte Mitglieder:

Folgende Anfragen wurden hervorgebracht:

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, möchte zu folgenden Punkten Auskunft erhalten:

1. Es geht um die Nichtveräußerung des Krötenhofs und die Entwicklung des Objektes zu einer qualifizierten Kultureinrichtung. Dazu möchte er den aktuellen Sachstand erfahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass das Haushaltskonsolidierungskonzept keine Veränderungen beim Krötenhof vorsieht. Gleichwohl gibt es einen Prüfauftrag, welcher sich aus dem Kulturentwicklungskonzept ableitet. Es soll geprüft werden, ob das Mehrgenerationenhaus Dessau und die Soziokultur in das Schulgebäude in der Flössergasse verortet werden können. Der Prüfauftrag wird nun abgearbeitet und wenn die Ergebnisse vorliegen, kann dies in den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2026 besprochen werden.

2. Die zweite Anfrage betrifft den Termin des Weihnachtskonzertes der Musikschule im Anhaltischen Theater Dessau.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass diese Angelegenheit das Anhaltische Theater sowie die Musikschule untereinander klären müssen und es kein Gegenstand des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist. Ferner berichtet er, dass seiner Meinung nach, eine Prüfung über den Zusammenschluss der beiden Häuser erfolgen sollte. Es entstehen durchaus positive Synergien im Hinblick bspw. auf die Wahrnehmung der Musikschule, das Programm des Theaters sowie die Ausbildung der Musikschüler. Dies führt in erster Linie nicht zu Einsparungen, aber es könnte durchaus dazu führen, dass ein starkes Haus mit einer sehr starken Philharmonie auch den Auftrag hätte, den musikalischen Nachwuchs an verschiedenen Instrumenten in unserer Stadt auszubilden.

3. Weiterhin möchte er den aktuellen Sachstand bzgl. des Museumscampus erfahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass die Arbeit am Museumscampus zunächst erst einmal ausgesetzt werde, was sich im Haushaltskonsolidierungskonzept abbildet.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, um 17:31 Uhr zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 41 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einer ausführlichen Aussprache wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Während der Abstimmung weist Herr Stadtrat Schönemann auf den § 12 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse hin. Er bittet darum, dass eine ordentliche Abstimmung erfolgt.

Beschluss:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre gemäß der Anlagen 1 und 4 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 22:15:04

6.4 Haushaltssatzung 2025, Haushaltsplan 2025, Stellenplan 2025 Vorlage: BV/421/2024/II-20

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 (und damit den Ergebnisplan 2025, den Finanzplan 2025, die Teilpläne 2025 und den Stellenplan 2025) einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe ab Anlage 6).

Abstimmungsergebnis: 23:15:03

6.5 Abberufung und Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH Vorlage: BV/068/2025/I-07

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Abberufung von Herrn Bernd Graßmann (AfD) aus dem Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH.
2. Entsendung von Herrn Tobias John (CDU) in den Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH.

Abstimmungsergebnis: 38:00:03

6.6 Abberufung und Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der WBD Industriepark GmbH **Vorlage: BV/069/2025/I-07**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Abberufung von Herrn Dr. Joachim Nothdurft (AfD) aus dem Aufsichtsrat der WBD Industriepark GmbH.
2. Entsendung von Herrn Florian Kellner (CDU) in den Aufsichtsrat der WBD Industriepark GmbH.

Abstimmungsergebnis: 37:00:04

6.7 Rücktritt und Neuwahl von stimmberechtigten Mitgliedern sowie Stellvertretern des Jugendhilfeausschusses **Vorlage: BV/077/2025/I-07**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, führt in die Thematik sowie in das Procedere der Wahl ein. Er schlägt eine offene Wahl mit Stimmzetteln vor. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerstand.

Während der Ausgabe der Stimmzettel, gibt er die Mitglieder der Zählkommission bekannt: Frau Koschig (Fraktion Freies-Bürger-Forum), Herr Dr. Hofmann (Fraktion CDU), Herr Dr. Brozowski (Fraktion Freies-Bürger-Forum), Herr Kellner (Fraktion CDU) und Herr Dr. Joachim Nothdurft (Fraktion AfD).

Herr Fricke, Fraktion SPD, und Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, möchten erfahren, ob die Nichtzeichensetzung als Nein-Stimme zählt oder zur Ungültigkeit führt. Es soll die Möglichkeit bestehen eine Nein-Stimme abzugeben, da die Option der Ungültigkeit für manche Vertreter nicht in Frage kommen.

Der Stadtratsvorsitzende informiert, dass die Nichtzeichensetzung dazu führen kann, dass die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wird.

Frau Kuhnt, Leiterin des Referates des Oberbürgermeisters, erläutert, dass es sich in dem vorliegenden Sachverhalt um eine Wahl handelt. Die Nichtabgabe der

Stimme führt zur Ungültigkeit des Stimmzettels, die Möglichkeit zur Abgabe einer Nein-Stimme besteht bei einer Wahl nicht. Weiterhin weist sie auf den §56 Absatz 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) hin. Dieser besagt, dass ein zweiter Wahldurchgang nicht möglich ist, da mehrere Personen auf einem Stimmzettel erfasst sind.

Herr Stadtrat Fricke möchte erfahren, wer das entscheidet, dass mehrere Personen auf einem Stimmzettel erfasst werden. **Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf** berichtet, dass die Vorbereitung durch die Stadtverwaltung erfolgte.

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission im Sitzungssaal der DVV, wird von Herrn Rumpf folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

- stimmberechtigtes Mitglied: René Diederling 15 Stimmen
stellv. stimmberechtigtes Mitglied: Dr. Joachim Nothdurft
- stellv. stimmberechtigtes Mitglied: Andreas Mrosek 18 Stimmen
(für stimmberechtigtes Mitglied: Jesus Rother)

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf informiert, dass die erforderliche Mehrheit in beiden Fällen nicht erreicht ist und die Beschlussvorlage somit zurückgestellt wird.

6.8 Abberufung und Entsendung von Stadträten in den Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG) Vorlage: BV/101/2025/I-07

Nach der Abstimmung weist **Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, darauf hin, dass der Stadtratsvorsitzende gemäß §12 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse an der Abstimmung teilnehmen muss und die Abgabe seines Stimmverhaltens für jeden sichtbar sein sollte. Der Stadtratsvorsitzende bedankt sich für den Hinweis.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Abberufung von Herrn Eiko Adamek aus dem Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG),
2. Berufung von Frau Anne Neumann in den Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG).

Abstimmungsergebnis: 39:02:00

6.9 Wirtschaftsplan 2025 des Städtischen Klinikums Dessau Vorlage: BV/054/2025/I-SKD

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2025 und die Mittelfristplanung für die Jahre 2025 bis 2028 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

6.10 Ermächtigung zur Kreditaufnahme Vorlage: BV/100/2025/II-20

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 KVG LSA im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2023 in Höhe von maximal 15.000.000 EUR langfristige Investitionsdarlehen mit folgender konkreter Ausgestaltung aufzunehmen.

Nominalbetrag:	15.000.000 EUR
Aufnahmezeitpunkt:	spätestens bis 25.05.2025
Laufzeit:	20 Jahre
Zinsbindung:	10 Jahre

Der zu zahlende Zins darf dabei 3,5 % p.a. nicht überschreiten.

Abstimmungsergebnis: 39:00:02

6.11 Sanierung Hort „Zauberburg“ und Kinderfreizeiteinrichtung „Baustein“ (Variantenuntersuchung) Vorlage: BV/008/2025/III-65

Der Tagesordnungspunkt (TOP) wird vor dem TOP 6.1 behandelt.

Herr Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der Stadtrat nimmt die Variantenuntersuchung zur Kenntnis und entscheidet, dass Variante 2 (Sanierung Schochplan 74/75) mit Ausgaben in Höhe von 4,3 Mio. Euro als Arbeitsrichtung weiterverfolgt werden soll.“

Nach einer Aussprache wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt. Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Frau Dr. Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, um 16:28 Uhr zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 36 stimmberechtigte Mitglieder.

Danach wird die geänderte Fassung der Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Variantenuntersuchung zur Kenntnis und entscheidet, dass Variante 2 (Sanierung Schochplan 74/75) mit Ausgaben in Höhe von 4,3 Mio. Euro als Arbeitsrichtung weiterverfolgt werden soll.

Abstimmungsergebnis: 33:00:03

6.12 3. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss „Sanierung und Modernisierung Wissenschaftliche Bibliothek im Palais Dietrich“ Vorlage: BV/439/2024/III-65

Beschluss:

Die Gesamtausgabe für die Sanierung und Modernisierung der „Wissenschaftlichen Bibliothek“ in 3 Bauabschnitten erhöht sich von 8.866.500 Euro um 1.491.600 Euro auf 10.358.100 Euro.

Dabei betrifft die Erhöhung alle 3 Bauabschnitte. Im 1. Bauabschnitt (Energetische Sanierung) erhöhen sich die Kosten von 4.228.400 Euro auf 4.661.500 Euro.

Im 2. Bauabschnitt (Dachsanierung) erhöhen sich die Kosten von 1.277.100 Euro auf 1.297.100 Euro. Im 3. Bauabschnitt (Allgemeine Sanierung) erhöhen sich die Kosten von 3.361.000 Euro auf 4.399.500 Euro.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel für alle 3 Bauabschnitte von 1.491.600 Euro werden bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 40:01:00

6.13 Feststellung Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau-Roßlau Vorlage: BV/360/2024/III-EB

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 sowie der Lagebericht 2023 des Eigenbetriebes „Stadtpflege“ mit einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 24.442.361,61 und einem Jahresgewinn in Höhe von EUR 132.639,18 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

6.14 Ergebnisverwendung aus dem Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Stadtpflege Vorlage: BV/361/2024/III-EB

Beschluss:

1. Ergebnisverwendung

Der Jahresgewinn wird in Höhe von EUR 132.639,18 in die Gewinnrücklage eingestellt.

2. Rücklagenverwendung

- Aus der allgemeinen Rücklage wird ein Betrag in Höhe des Verlustes 2023 des Bereiches Friedhofswesen von EUR 272.980,30 zur Einstellung in die Gewinnrücklage entnommen.
- In die zweckgebundenen Rücklagen wird durch Entnahme aus der Gewinnrücklage ein Betrag in Höhe des Gewinns 2023 des Bereiches Nachsorge Deponie von EUR 411.479,10 eingestellt.
- Aus der Gewinnrücklage wird an den Haushalt des Aufgabenträgers die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von EUR 52.360,26 abgeführt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

6.15 Entlastung der Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2023 Vorlage: BV/362/2024/III-EB

Beschluss:

Die Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau wird für das Jahr 2023 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

6.16 3. Fortschreibung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/27
Vorlage: BV/037/2025/IV-40

Herr Adamek, Fraktion CDU, fordert die Verwaltung auf ein Strategiepapier in den Gremiendurchlauf zu bringen, welches in der Sitzung des Stadtrates am 10.09.2025 beschlossen wird. Dieses Strategiepapier soll transparent und deutlich aufzeigen, welche Schritte als nächstes geplant sind und wie diese und mit welchen Fristen umgesetzt werden.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, bedankt sich für die Anregung. Sie merkt an, dass die Entscheidungen bezüglich der Schulentwicklungsplanung nicht vom Amt für Bildung und Schulentwicklung getroffen werden, sondern vom zuständigen Ministerium.

Nach einer Aussprache stellt der Stadtratsvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Beschluss BV/291/2023/IV-40 mit dem Titel: Dritte Fortschreibung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 / hier: Einführung von Schuleinzugsbereichen für die Gymnasien in kommunaler Trägerschaft zum Schuljahr 2025/2026 mit den entsprechenden Satzungsänderungen wird aufgehoben.
2. Die 3. Fortschreibung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 gemäß Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

6.17 Zustimmung zur Kooperation der Gemeinschaftsschulen "Rosa Luxemburg" und Friedrichstadt in Lutherstadt Wittenberg mit dem Anhaltischen Berufsschulzentrum "Hugo Junkers"
Vorlage: BV/047/2025/IV-40

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, bringt im Namen der Fraktion folgenden Änderungsantrag ein, welcher der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist:

„Der Beschlusspunkt 2 – Auf die Erhebung von Gastschulbeiträgen wird verzichtet – soll gestrichen werden.“

Herr Focke, Fraktion CDU, erscheint um 18:16 Uhr zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 42 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einer Aussprache wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich abgelehnt (06:35:01). Danach wird die Beschlussfassung in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Der Schulträger stimmt der Kooperation der Gemeinschaftsschulen Friedrichstadt und „Rosa Luxemburg“ in Lutherstadt Wittenberg und des Beruflichen Gymnasiums am Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ zu.
2. Auf die Erhebung von Gastschulbeiträgen wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

6.18 Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) Vorlage: BV/035/2025/IV-DKT

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes DeKiTa für das Wirtschaftsjahr 2025 wird gemäß Anlage 2 und 3 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:03

6.19 Novellierung zur Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Sollnitz im Jahr 2026 Vorlage: BV/435/2024/V-37

Beschluss:

1. Die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Sollnitz i. H. v. 610.000,00 EUR wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Tätigkeitsbericht der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Vorlage: IV/007/2025/I-GSB

Frau Heß, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Dessau-Roßlau, geht auf die Informationsvorlage, mithilfe einer Präsentation, ein. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Frau Perl, Fraktion SPD, bedankt sich für die Arbeit. Sie äußert den Wunsch, dass die Gleichstellungsbeauftragte als Gast zum Thema Gewalt gegen Frauen im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales spricht.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, bedankt sich für das Engagement. Er weist darauf hin, dass weiterhin viel Arbeit vor der Gleichstellungsbeauftragten liegt, solange es männliche Personen gibt, die sich mehr über die sprachlichen Gepflogenheiten aufregen als über die gesellschaftlichen Missstände im Gleichstellungsbereich.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, ist erstaunt über das umfassende Aufgabengebiet der Gleichstellungsbeauftragten. Weiterhin thematisiert er das Familienbündnis, wo er Mitglied der Spielplatzinitiative war. Er möchte erfahren, wie das Familienbündnis aktuell aufgestellt ist und wo die Gleichstellungsbeauftragte die Defizite der Familienfreundlichkeit innerhalb der Stadt Dessau-Roßlau sieht.

Frau Heß berichtet, dass im letzten Jahr eine „zarte“ Reaktivierung stattgefunden hat. Es wurde versucht, die soziokulturellen Einrichtungen der Stadt sowie Akteure aus der Stadtverwaltung zu gewinnen. Sie informiert, dass die Spielplatzinitiative auch wieder mit dabei ist, was besonders erwähnenswert ist, da sie die einzige ehrenamtliche Initiative bislang darstellt. Die Reaktivierung wurde bisher bewusst klein gehalten, da erst einmal abgefragt werden sollte, ob ein Familienbündnis benötigt wird und wo die Bedarfe liegen. Im letzten Jahr wurde festgestellt, dass es wichtig ist, dass die Angebote in der Stadt sichtbar werden, da viele Angebote unbekannt sind. Es ist wichtig, dass sich untereinander ausgetauscht wird, denn so können Kooperationen entstehen. Sie berichtet, dass in dieser Woche ein Treffen stattgefunden hat, wo es u. a. um die Bedarfsfeststellung ging und ein Arbeitskatalog erstellt wird.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, bedankt sich für die getätigte Arbeit. Da er selbst ein Betroffener ist, weiß er die Arbeit, u. a. um die Einleitung gesetzlicher Regelungen, zu schätzen. Es bedarf einer großen Unterstützung, da es immer noch Angriffe auf Institutionen, die die Gleichberechtigung, Gleichstellung und Diversität unterstützen, gibt.

Der Tätigkeitsbericht wird von der Vertretung zur Kenntnis genommen.

7.2 Information zum Stand der Umsetzung von Vorhaben zur "Modernisierung der städtischen Außen- und Verkehrsbeleuchtung in den Jahren 2023-2026 mittels hocheffizienter, vernetzt geregelter LED-Technologie" - Sachbericht 2024
Vorlage: IV/008/2025/III-66

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN, möchte wissen, wie viel Lichtsignalanlagen in der Stadt bereits mit der modernen LED-Technik ausgestattet sind und bis wann die Technik in den anderen Anlagen installiert wird. Ferner thematisiert er die regelkonforme Beleuchtung an den Fußgängerüberwegen. Er möchte wissen, wann mit einer Nachrüstung zu rechnen ist.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbaumes, informiert, dass an dem Thema gearbeitet wird und sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3 Achtzehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: IV/016/2025/II-20BTM

Der Beteiligungsbericht wird vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

7.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Perl, Fraktion SPD, bezieht sich auf eine Fernwärme-Abrechnung für eine 66,88 m²-Wohnung über 6.500 Euro. Sie erinnert an die im Jahr 1999 durch den Stadtrat Dessau eingeführte Mieterdirektabrechnung mit der Zusicherung, dass durch diese keine Nachteile für die Mieter entstehen. Seit 1999 hat sich in Bezug auf mietrechtliche Ansprüche viel getan und auch der Leerstand war noch nicht wie im heutigen Umfang vorhanden. Auch die Novellierung der Heizkostenverordnung und verschiedene Rechtsprechung, unter anderem des BGH, lagen noch nicht vor. Vor diesem Hintergrund stellt Frau Perl nachfolgende Fragen:

- Wie viele Mieter (in Prozent), die der Direktabrechnung bei der DWG unterliegen, haben ihre Ansprüche, die aus der CO²-Umlage bestehen, geltend gemacht?

Nach Rechtsprechung des BGH sind die leerstandsbedingten Kosten zwischen Vermieter und Mieter aufzuteilen, bezogen auf die eingangs genannte Abrechnung.

- Wie viele von Leerstand betroffene Mieter (in Prozent) machen ihre Ansprüche gegenüber der DWG geltend?
- Erhalten alle Mieter eine Verbrauchsinformation nach § 6a der Heizkostenverordnung, wenn sich die DWG bei der Direktabrechnung der Heizkostenverordnung unterwirft?

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Herr Kaßner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, thematisiert die Gedenkveranstaltung zur Befreiung vom Nationalsozialismus am 08.05.2025, die auf einen Wochentag fällt und Erwerbstätige somit daran nicht teilnehmen können. Auf seine Rückfrage in der Verwaltung erhielt er folgende Antwort (Zitat):

„In diesem Jahr wird das stille Gedenken in Form einer Kranzniederlegung ohne Redebeiträge am Vormittag stattfinden. Selbstverständlich wurden Akteure der Zivilgesellschaft, die kommunalen Unternehmen, Schulen und Politik zu dieser Veranstaltung eingeladen. Die Medien wurden informiert und auch im Amtsblatt laden wir über die Titelseite und einen Textbeitrag alle Bürgerinnen und Bürger recht herzlich ein. So erreichen wir eine breite Öffentlichkeit und informieren frühzeitig. Die große Bedeutung dieser Veranstaltung anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung von den Nationalsozialisten ist uns bewusst und wir werden an diesem Tag mit der Veranstaltung einen würdigen Rahmen geben. Sicherlich wird auch eine breite Öffentlichkeit diesen Termin wahrnehmen und mit uns gemeinsam gedenken.“

Diese Antwort und die Tatsache, dass das stille Gedenken absichtlich in den für die arbeitende Bevölkerung schwierig zu organisierenden Zeitpunkt gelegt wurde, wirft für Herrn Kaßner Fragen auf. Er betont die Wichtigkeit der Veranstaltung und die Notwendigkeit, diese einem breiten demokratischen Spektrum zugänglich zu machen. Seine Fragen lauten:

- Sind 80 Jahre Ende des 2. Weltkrieges nicht der Rede wert?

Herr Stadtrat Kaßner erläutert die geschichtlichen Hintergründe und betont die Notwendigkeit der Positionierung für die Demokratie sowie gegen alte und neue Nazis. Er kritisiert, dass diese Chance vertan sei.

- Werden Schülerinnen und Schüler, Mitarbeitende der Verwaltung und der kommunalen Familie für diese Veranstaltung freigestellt, nachdem diese eingeladen wurden?
- Wollten Sie mit der Terminsetzung dafür sorgen, dass die Kranzniederlegung störungsfrei abläuft?

Er äußert, dass auch zu dieser Gedenkveranstaltung die rechten Ränder wieder einen Kranz niederlegen und die Geschichte verdrehen werden, hofft jedoch, dass Menschen den Mut und die Zeit finden, sich den neuen Rechten friedlich in den Weg zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass er an diesem Tag nachmittags terminlich gebunden ist, ebenso wie einige Stadträte abends aufgrund von Ausschusssitzungen. Daher erfolgte eine Verständigung dahingehend, dass die Kranzniederlegung am Vormittag, 11:00 Uhr stattfindet. Die terminliche Herausforderung für Berufstätige wird jedoch gesehen. Die Bedeutung des Tages hängt nicht an der Tageszeit der Kranzniederlegung. Es ist wichtig, dass diese an dem entsprechenden Tag stattfindet. Auf Nachfrage von Stadtrat Kaßner erklärt Herr Dr. Reck zur zweiten Frage, dass es nicht in den Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters fällt, die Schülerinnen und Schüler freizustellen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es nicht üblich, an derartigen Veranstaltungen, sofern diese nicht an der Durchführung der Veranstaltung beteiligt sind, während der Arbeitszeit teilzunehmen. Diese entscheiden selbständig, ob die Kranzniederlegung für sie so bedeutsam ist, um daran teilzunehmen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, wünscht eine wörtliche Protokollierung seines Beitrags:

„Im Stadtrat am 26. Februar hatte ich angefragt, welche Prüfung durch die Verwaltung vor der Berufung des Ortsbürgermeisters von Roßlau in das Ehrenbeamtenverhältnis vorgenommen wurde, zur Feststellung der Gewährleistung des jederzeitigen Eintretens für die freiheitliche demokratische Grundordnung, was Voraussetzung ist für die Ernennung zum Ehrenbeamten. Sie haben mir mit Schreiben vom 24.03. wie folgt geantwortet: Es sei der Verfassungsschutzbericht des Landes 2023 herangezogen worden und es sei eine Abfrage der Zulassungsbestätigung als Rechtsanwalt bei der Bundesrechtsanwaltskammer erfolgt. Im Ergebnis seien, Zitat, »keinerlei Anhaltspunkte erkennbar gewesen, die einer Ernennung widersprachen. Zudem habe der Ortsbürgermeister im Rahmen der feierlichen Ernennung einen Amtseid geleistet«. Soweit Ihre Antwort. Der Pressesprecher der Stadt hat am 10.07.2024 gegenüber Fokus Online erklärt, dass die rechtsextreme Vergangenheit des Herrn Nothdurft allgemein bekannt sei, resultierend nämlich aus Innehabung einer Leitungsfunktion im 2009 verbotenen Verein Heimattreue Deutsche Jugend. Das hat Herr Nothdurft jedenfalls im Rahmen der Diskussion seiner Ernennung auch niemals bestritten und wird von mir zugrunde gelegt. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 01.09.2010 das Vereinsverbot bestätigt und im Urteil ausgeführt. Zitat: »Der Verein weist eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, insbesondere mit der früheren

Hitlerjugend auf. Zwecke und Tätigkeit des Vereins richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Der Verein propagiert eine Vorbildfunktion des Nationalsozialismus und seiner Organisationen und offenbart dabei eine der Wiedererrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft verhaftete Vorstellungswelt», Zitat Ende. Das Bundesverwaltungsgericht führt weiter aus, dass der Verein das nationalsozialistische Regime verherrliche. Er bekenne sich zur Ausgrenzung als volksschädlich und volksfremd definierter Personen. Das Volk werde durch einen zu hohen Anteil an Fremdvölkischen in seiner biologischen Existenz bedroht. Der Verein sehe die Waffen-SS als vorbildhafte Organisation an, der es auch in dem von ihm nicht akzeptierten demokratischen Rechtsstaat die Treue zu halten gilt. Der Verein fühle sich in der Nachfolge der früheren Hitlerjugend, soweit das Bundesverwaltungsgericht. Wer in dieser Organisation in leitender Funktion diese höchstrichterlich festgestellten Überzeugungen und Ziele teilte, den durfte man ganz ohne Zweifel aus meiner Sicht als Neonazi bezeichnen. Allein der Zeitablauf seit dem Vereinsverbot im Jahre 2009 führt ebenso sicher nicht dazu, dass jedenfalls Zweifel an der Verfassungstreue eines Funktionärs dieses Vereins sich in Luft aufgelöst hätten. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister, erstens, wenn Sie die Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichts zu der Organisation, in der Herr Nothdurft leitend tätig war, hören, halten Sie dann ernsthaft daran fest, dass es bei der Ernennung keine Anhaltspunkte dafür gegeben habe, die eine Ernennung hätten in Frage stellen können?“

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, weist auf das Ende der Redezeit hin. Herr Stadtrat Fricke erklärt zeitnahe zum Ende zu kommen und fährt fort:

„Zweite Frage: Warum sind weder Sie noch der Beigeordnete, Herr Horváth, noch die zuständigen Mitarbeiter auf die Idee gekommen, Herrn Nothdurft, der sich zu all dem im letzten Jahr nicht geäußert hat, einfach einmal zu fragen, ob er den Zielen der HDJ, wie ich sie geschildert habe, noch verhaftet ist oder sich, was meines Erachtens ein Mindestanforderung für die Ernennung zum Ehrenbeamten in diesem Fall gewesen wäre, sich nunmehr davon distanziert. Und die dritte und letzte Frage, die ich hier stelle, ich hätte noch viel mehr, aber ich stelle sie nicht wegen der Zeit. Die dritte Frage ist, warum wurde vor dem geschilderten Hintergrund von einer Anfrage beim Verfassungsschutz des Landes abgesehen, die auch schon vor Einführung der Regelanfrage zum Jahresbeginn 2025 möglich gewesen wäre?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass Stadtrat Fricke eine Antwort auf seine Anfrage erhalten hat und dem nichts hinzuzufügen ist. Die Prüfung der Verwaltung orientiert sich an objektiven Maßstäben und das Ergebnis ist bekannt.

Herr Stadtrat Fricke äußert eine Nachfrage:

„Ich musste das zweimal lesen, um wirklich zu realisieren, dass Sie sich auf das beschränkt haben, was Sie dort mir geantwortet haben. Und weil Sie sagen, das hat vollkommen ausgereicht, will ich das auch noch kommentieren. Die Einsicht in den Verfassungsschutzbericht hätte mir schon gereicht, wenn ich die Ausführungen zur

AfD im Verfassungsschutzbericht 2023 zur Kenntnis nehmen. Und wenn Sie da nur reingeguckt haben und darauf gewartet haben, ob vielleicht der Name Nothdurft da irgendwo mal auftaucht, dann will ich das eigentlich nicht weiter kommentieren, das ist dann ziemlich amateurhaft. Und das andere, diese Anfrage bei der Bundesrechtsanwaltskammer, die ist auch relativ sinnlos gewesen, weil, in diesem Zusammenhang gibt es zwar eine Regelung in der Bundesrechtsanwaltsordnung, dass die Zulassung versagt werden kann als Rechtsanwalt, aber nur dann, wenn der Bewerber in strafbarer Weise die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft. Das ist was ganz anderes, als das, was wir von Beamten verlangen, nämlich dass er die Gewähr dafür bietet, jederzeit für diese freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen. Wenn ich das runterbreche auf Ihre Antwort, dann ist die Anfrage bei der Bundesrechtsanwaltskammer sinnlos. Die Einsicht des Verfassungsschutzberichtes, naja, ich habe es eben kommentiert und mehr haben Sie im Grunde nicht gemacht. Hinweis: Die Verwaltung, die Einstellungsbehörde, ist verpflichtet, alle ihr zur Verfügung stehenden Erkenntnismöglichkeiten zu nutzen, um sich ein Bild davon zu machen, ob die Voraussetzungen vorliegen. Wenn Zweifel verbleiben, dann hat eine Ernennung, darf eine Ernennung nicht durchgeführt werden. Ein letzter Hinweis: Sie haben in Ihrer Antwort auch verwiesen auf den geleisteten Amtseid. Das ist nun vollkommen unsinnig, weil der Amtseid folgt der Ernennung nach. Das folgt bereits daraus, dass im Beamtengesetz vorgesehen ist, dass bei Verweigerung des Amtseides der Beamte entlassen wird. Folgerichtig ist er erst ernannt, dann leistet er den Eid. Das heißt, Sie können den Eid nicht zur Prüfung der Ernennung verwenden, weil es den da noch gar nicht gibt, wenn Sie die Entscheidung treffen. Und wenn man sich das überlegt, dann haben Sie im Grunde genommen als einzige, mehr oder weniger sinnvolle Maßnahme, mal in den Verfassungsschutzbericht geguckt. Und das, Herr Oberbürgermeister, habe ich zur Kenntnis genommen, halten Sie allen Ernstes noch für ausreichend und richtig. Ich verstehe es nicht.“

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erachtet die Antwort des Oberbürgermeisters auf die Anfragen von Stadtrat Fricke als eine Unverschämtheit und befürchtet eine falsche, sehr gefährliche Vorstellung vom Neutralitätsgebot eines Oberbürgermeisters. Damit macht er sich zum verbalen Gehilfen der Brandstifter in dieser Stadt und in dieser Gesellschaft. Im Weiteren thematisiert Herr Stadtrat Dr. Brozowski den neuen Gestaltungsbeirat und kritisiert das diesbezügliche Verhalten der Verwaltung. Nach wiederholten Anfragen hat er nun eine Liste der zukünftigen Mitglieder erhalten. Konkret möchte er wissen, wann die Berufung des Gestaltungsbeirates erfolgt und dieser mit seiner Arbeit beginnen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck äußert sich zunächst zum ersten Teil des vorangegangenen Redebeitrages klarstellend, dass zwischen der Arbeit und der politischen Einschätzung eines Hauptverwaltungsbeamten ein Unterschied besteht. Die Vorlage zum Gestaltungsbeirat wird zur Entscheidung in den Stadtrat eingebracht, wie bereits informiert wurde.

Frau Perl, Fraktion SPD, verlässt um 19:00 Uhr die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 41 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Marahrens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führt aus, dass am kommenden ersten Maiwochenende traditionell die Menschen in Sachsen-Anhalt am Elberadeltag mit ihrem Fahrrad die Saison eröffnen. In diesem besonderen Jahr kann 30 Jahre Elberadweg gefeiert werden. In seiner Wahrnehmung finden wirkliche Feiern jedoch nicht statt. Von Seiten des Landes kann kein Interesse festgestellt werden. Nun war geplant, den Elberadeltag dieses Jahr am kommenden Wochenende in Dessau-Roßlau stattfinden zu lassen. Presseberichten war zu entnehmen, dass diese Veranstaltung, aus seiner Sicht aus nicht nachvollziehbaren Gründen, ausfallen wird. Er bedauert dies, da es in der Stadt und im Bundesland nicht viele Gelegenheiten gibt, die Menschen für dieses Verkehrsmittel zu begeistern. Er erinnert an die letzte Veranstaltung zusammen mit der SMG auf dem Marktplatz im Jahr 2019 und daran, dass mit dem Radtourismus sehr viel Geld verdient werden kann. Konkret möchte er wissen, ob eine Veranstaltung auf dem Marktplatz zu diesem Thema noch organisiert werden kann und empfiehlt hierfür die drei Wochen zum Radverkehr im September. Eine aktive Beteiligung des Ehrenamtes wird seinerseits zugesichert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Stadtmarketinggesellschaft für den Elberadeltag in ihrem Wirtschaftsplan einen Budgetansatz hinterlegt hat. Es steht der Gesellschaft frei, den für diesen Zweck zu nutzen. Eine Veranstaltung kann unabhängig von einer Rundtour gemacht werden. Aus Sicht der Stadtverwaltung spricht dem nichts entgegen.

Herr Dr.-Ing. Nothdurft, Fraktion AfD, thematisiert die Einladung des Oberbürgermeisters zur Gedenkveranstaltung, welche für ihn Anlass war, einen kurzen Beitrag für das Amtsblatt mit der Überschrift „Der 8. Mai 1945 – Ein Tag der Befreiung?“ zu schreiben. Dieser Beitrag wurde gestrichen und ist nicht im Amtsblatt erschienen. In dem Beitrag hatte er dargelegt, dass es unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema gibt. Von ihm zitiert wurde der ehemalige Bundeskanzler Ludwig Erhard, der 1965 sagte, dass der 8. Mai 1945 kein Tag der Befreiung war. 20 Jahre später sagte Richard von Weizsäcker, dass dieser Tag auch ein Tag der Befreiung war. Dieses „auch“ ist im Laufe der Jahrzehnte verlorengegangen, sodass es nun für viele selbstverständlich zu sein scheint, dass dieser Tag als Tag der Befreiung gefeiert wird. Mit seinem geplanten Beitrag hat er keine Stellung bezogen, weder für sich, noch für seine Fraktion, sondern lediglich die unterschiedlichen Sichtweisen thematisiert. Zunächst wurde der Beitrag von der Referatsleitung mit der Bemerkung abgelehnt, dass der Bezug zu städtischen Themen fehle. Auf diese Aussage konnte mit dem Hinweis auf die Einladung des Oberbürgermeisters entgegnet werden. Nach ein paar Tagen erfolgte die Mitteilung, dass der Beitrag nicht veröffentlicht wird aufgrund der Infragestellung und Bedenken hinsichtlich seines Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Herr Stadtrat Dr.-Ing. Nothdurft zeigt sich erstaunt über diese Schlussfolgerung und stellt fest, dass der Beitrag selbst nicht kritisiert wurde. Er möchte wissen, ob diese Zweifel anhalten und auch künftige

Beiträge gestrichen werden. Abschließend fügt er hinzu, dass dieser Tag zwar das Ende des Krieges kennzeichnet, mit dem viel Leid und Schrecken verbunden war, jedoch auf keinen Fall den Tag der Befreiung darstellt.

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, vermisst aktuelle Informationen zur Bundesgartenschau. Konkret möchte er erfahren, was seit Beschlussfassung zu diesem Thema passiert ist und welche Schritte anstehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass mit der Beschlussfassung zum Haushalt, in dem die Finanzierung der Bundesgartenschau abgebildet ist, ein wichtiger Punkt erreicht ist. Das Dezernat für Bauen und Stadtgrün hat in den zurückliegenden Monaten alles Notwendige für den Stadtratsbeschluss zur Gründung der BUGA-Gesellschaft vorbereitet. Auch wurden bereits Beschlüsse zur Beantragung von Fördermitteln in erheblicher Höhe beim Land über die Städtebauförderung gefasst. Über ein Projekt wurde im Rahmen der Haushaltsberatung diskutiert. Im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus wurde vom Stadtplanungsamt vorgestellt, wie eine mögliche Schärfung der Machbarkeitsstudie aussehen kann. Ein Verwaltungsvorschlag, der noch mit den Grundstückseigentümern zu besprechen ist, wird demnächst im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität vorgestellt. Frau Kuhnt, Leiterin des Referats des Oberbürgermeisters, führt Informationsveranstaltungen durch. Dreh- und Angelpunkt war bisher die Aufstellung des Haushaltes. Konkret wurde auch an Projekten weitergearbeitet, die nach der Machbarkeitsstudie in der Zeitschiene abgebildet sind; die Eröffnung des Lustgartens, das Projekt Muldebalkon-Umgestaltung, die Mühleninsel, die Aufforstung des Georgengartens. Derzeit werden die Voraussetzungen geschaffen, die nach dem Bürgerentscheid erforderlich waren. Er gibt zu bedenken, dass 10 Jahre vor der BUGA nicht bereits alle Projekte beginnen können. Im Corporate Design wird auch an verschiedenen Stellen immer auf Vorhaben im mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit der Bundesgartenschau hingewiesen.

Herr Frisch, Fraktion AfD, bedankt sich für die Fertigstellung der Großkühnauer Kaffeekreuzung und das Engagement von drei Generationen an Ortschaftsräten. Das Ergebnis, insbesondere das historische Detail, ist besser, als erhofft. Des Weiteren thematisiert er drei abgestorbene Bäume (8-10 Meter hoch), 50 Meter hinter den „weißen Männern“, Richtung Einfahrt Großkühnau, auf der rechten Seite, direkt am Wall, die eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen. Einer der Bäume neigt sich in Richtung Straße, der bei einem Sturm darauf fallen könnte. Zwei weitere Bäume stehen an oder auf dem Wall. Er äußert die Befürchtung, dass diese beim nächsten Hochwasser umstürzen und den Wall beschädigen könnten. Die Spundwände beginnen erst nach 200 Metern. Ein Deichbruch, wie im Jahre 1845, sollte verhindert werden, bei dem neben Großkühnau auch Ziebigk, Teile der Siedlung und Kleinkühnau betroffen wären.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt fest, dass Frau Bürgermeisterin Lohde das Anliegen mitnimmt. Des Weiteren stellt er fest, dass die 30-minütige Redezeit für den Tagesordnungspunkt verstrichen sind.

Herr Stadtrat Fricke stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Geschäftsordnungsantrag auf Verlängerung der Redezeit um 30 Minuten. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (13:20:08).

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine 10-minütige Pause durchgeführt. Nach der Durchführung der Pause wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Beschlussfassungen

10.1 Unternehmensangelegenheiten - Bestellung des Ärztlichen Direktors sowie des Verwaltungsdirektors als 1. Betriebsleiters des Städtischen Klinikums Dessau Vorlage: BV/082/2025/II

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestellt rückwirkend zum 01.04.2025 Herrn Prof. Dr. med. Christoph U. Herborn zum Mitglied der Betriebsleitung des Städtischen Klinikums Dessau als Ärztlichen Direktor.
2. Der Stadtrat bestellt rückwirkend zum 01.04.2025 den amtierenden Verwaltungsdirektor des Städtischen Klinikums Dessau, Herrn Bjoern Saft, zum 1. Betriebsleiter des Städtischen Klinikums Dessau.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

11 Schließung der Sitzung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Dessau-Roßlau, 10.09.25

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer